

E Control
Rudolfsplatz 13 a
1010 Wien
Via email: marktregeln@e-control.at

Bruck/Leitha, 22.03.2018

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf der GMMO-VO Novelle 2018

Am 16.01.2018* präsentierten BM Köstinger und BM Hofer den aktuellen Emissionsbericht auf Basis 2016. Obwohl man hinsichtlich der 2020 Ziele noch einen gewissen Puffer hat, wird deutlich, wo Handlungsbedarf besteht - u.a. wurde der Heizsektor explizit erwähnt.

Es entspricht daher auf keinen Fall den bestehenden Klimazielen regenerativen Gasen wie Biomethan durch die Forderungen der Verordnung eine Zumischung von fossilem Gas aufzubürden. Darüber hinaus steigt damit unweigerlich der Preis für den Endkunden. Wir streben daher eine sinnvolle und praxisnahe Lösung an, welche es dem Kunden ermöglicht regenerative Energie nachvollziehbar zu nutzen.

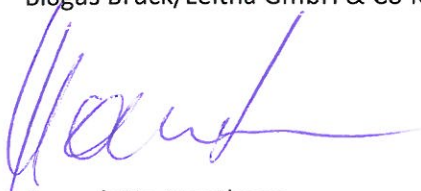
Begründung

Die Gasqualität des in das Erdgasnetz einzuspeisende Biomethan wird derzeit von der ÖVGW Richtlinie G31 „Gasbeschaffenheit“ und der ÖVGW Richtlinie G B220 „Regenerative Gase – Biogase“ geregelt. In diesen Regelungen wird eine Mindestmethangehalt von >97% gefordert. Gleichzeitig wird ein max. CO₂ Gehalt von 2% vorgeschrieben. In der Praxis bedeutet dies, dass Biomethan mit einer Konzentration von mind. 98% Methan und einem daraus resultierenden Brennwert von > 10,8 kWh/Nm³ eingespeist werden muss um die Anforderungen zu erfüllen. Bei einem Verrechnungsbrennwert in der Region Ost von 11,3 kWh/Nm³ bedeutet dies bei einer Schwankungsbreite von +/- 2% einen mind. Brennwert von 11,07 kWh/Nm³. Da selbst 100%-iges Methan einen zu geringen Brennwert für die Anforderung besitzt, kann der geforderte Mindestbrennwert keinesfalls ohne zusätzliche Maßnahmen erreicht werden. Folglich müsste fossiles Propan dem regenerativ erzeugten Biomethan beigemischt werden um den geforderten min. Brennwert zu erreichen. Diese Vorgangsweise ist natürlich aus ökologischen Überlegungen und im Hinblick auf das Pariser Klimaschutzabkommen vollkommen abzulehnen. Sinnvoller wäre es, ein Brennwertgerät zu installieren, oder den sich ergebenden Mischbrennwert für das betroffene Ortsnetz rechnerisch zu ermitteln und diesen Brennwert als Verrechnungsbasis heranzuziehen.

Diese Vorgangsweise würde – im Gegensatz zur E-Control Vorgabe - nicht alle Ambitionen auf eine nachhaltige Energieversorgung konterkarieren. Zudem wird bereits seit Jahren an einer Einspeisung von Wasserstoff, der aus Überschussstrom regenerativer Stromerzeuger gewonnen wird, in das Gasnetz oder in Gasspeicher mit Erfolg geforscht und als wichtiger Baustein für die künftige Energieversorgung bezeichnet. Für eine praxistaugliche Umsetzung dieses Systems müssten ebenfalls Brennwertgeräte für die Ermittlung lokaler Verrechnungsbrennwerte installiert werden. Werden diese im Fall der Einspeisung von Biomethan abgelehnt, so müsste künftig ebenfalls Propan dem Biomethan-Wasserstoffgemisch beigemischt werden. Diese Vorgangsweise wäre mehr als nur fragwürdig.

Eine Regelung, bei der jeder das bezahlt, was er bekommt wäre aus unserer Sicht sinnvoller, als die Kosten für die Nutzung von regenerativer Energie durch gesetzliche Vorgaben zu erhöhen und dann auf alle umzulegen.

Biogas Bruck/Leitha GmbH & Co KG



Bernadette Mauthner